

Unterstützt die Petition: Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!

Wir IGM – Kolleginnen und Kollegen bei VW schauen mit großer Sorge auf die weltweite Aufrüstung und zunehmende Kriege. In Deutschland werden bereits erste Werke zur Umstellung auf Rüstungsproduktion gesucht. Wer uns damit Arbeitsplätze verspricht, versucht auf üble Weise, die Existenzängste der Belegschaften in der Autoindustrie auszunutzen. Aufrüstung sichert nicht den Frieden, sondern bereitet Kriege vor. Wenn die Regierung einen „Notstand“ ausruft, wird das Streikrecht beschnitten, gibt es Arbeitsverpflichtung und Anordnungen zu extremer Arbeitszeitausdehnung... In den Schützengräben der Welt sterben Menschen wie du und ich nicht für höhere Werte, sondern für die Interessen großer Kapitaleigner. Die Rüstungsindustrie jubelt über explodierende Gewinne. Die Wiederaktivierung der Wehrpflicht ist in Vorbereitung, um künftig uns und unsere Kinder in Kriege zu schicken. Aktuell steigen mit dem Krieg im Nahen Osten sofort die Preise für Benzin. Schon wird von höherer Inflation gesprochen. Diese Entwicklung machen wir nicht mit! **Aufrüstung und Kriegswirtschaft sind gegen die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und unserer Familien und widersprechen unseren gewerkschaftlichen Zielen.** Unterstreichen wir unsere Losung „Kampf um jeden Arbeitsplatz!“ und setzen wir uns aktiv für unser Ziel „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ ein (IGM-Satzung unter § 2 'Aufgaben und Ziele der IG Metall). Und wir rufen den IG-Metall-Vorstand, den Betriebsrat und alle Mitglieder auf: **Nein zum Umbau auf Kriegswirtschaft!**
<https://www.openpetition.de/petition/online/nein-zum-umbau-auf-kriegswirtschaft>

Generalangriff auf den Sozialstaat abwehren

Rente, Arbeitszeit, Kündigungsschutz, Gesundheitsversorgung, Jugendhilfe, BAföG – nichts ist vor ihrem Generalangriff auf den Sozialstaat sicher. Und immer heißt es: Alles alternativlos. Sachzwänge eben. Wirklich? Wo sind denn die Milliarden? Sie fließen in Hochrüstung und Kriegsvorbereitung. Sie füllen die Kassen der Konzerne und die Taschen der Reichen. Wir werden nicht nur beklaut, sondern auch für dumm verkauft. Der gesetzlich festgeschriebene Achtstundentag in Deutschland wurde uns nicht geschenkt. Er wurde hart erkämpft, um uns zu schützen gegen Verschleiß und frühen Tod. Mehrarbeit zu unseren Lasten und auf Kosten unserer Gesundheit – das ist es, was Merz plant, wenn er den Achtstundentag angreift. Auch die Angriffe auf unsere Gesundheitsversorgung sind dreist: 15,3 Mrd € sollen die gesetzlichen Krankenkassen ab 2027 weniger ausgeben. Die Kassenversicherten müssen mehr zuzahlen und bekommen weniger Leistungen. Noch mehr Krankenhäuser werden schließen. Das ist der härteste Angriff auf das Gesundheitswesen seit 20 Jahren. Die angedrohten Kürzungen gehen zu 100 % zu unseren Lasten. Auch in den Kommunen wird massiv gekürzt. Die Folgen: marode Schulen, steigende Kita-Gebühren, Kürzung von Betreuungszeiten, Schließung von Schwimmbädern, steigende Gebühren, Schließung von Bürgerbüros und vieles mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir uns mit möglichst vielen entschieden und entschlossen zur Wehr setzen. Dieser Sozialstaat ist nicht alles, aber ohne Sozialstaat, ohne Gesundheit, Wohnraum, Lebenszeit ist alles nix.

Kundgebung am 18. Juli in Stuttgart gegen den sozialen Kahlschlag

Weitere Infos unter: www.kommunen-am-limit.de



Infos: <https://stuttgart.dkp.de/>
Kontakt: stuttgart@dkp.de

V.i.S.d.P.: R. Zarth, DKP; Stgt, Böblingerstr. 105

Metall-Info

DKP Stuttgart informiert

Tarifrunde Metall-Elektro startet mit Befragung – hohe Forderung notwendig

Die Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie beginnen zwar erst im Oktober, aber die Diskussionen in den Betrieben und Tarifkommissionen sind bereits angelaufen. Zum 1. Juni startete die Beschäftigtenbefragung zu den Forderungen, die dann bis zum 28. August läuft. Mitte September soll die Forderung beschlossen werden.

Die erste Frage im Bogen lautet: „Wie schätzt du die wirtschaftliche Situation bei dir im Betrieb ein?“ Erst danach wird abgefragt, welche Themen die Kollegen bewegen, wie steigende Preise für Lebensmittel, Wohnkosten, Gesundheitskosten, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Zukunft des Betriebes, Weiterbildungsangebote, Ausbildung und Übernahme junger Menschen und Rente. Dann hat man die Möglichkeit die Entgeltforderung zu quantifizieren, ob kräftige, moderate, kleine oder keine Entgelterhöhung – eine Möglichkeit, die Erhöhung in Euro oder Prozenten anzugeben, gibt es nicht. Es bleibt also der Interpretation der Auswertenden überlassen, ob eine kräftige Erhöhung 3 oder 10 Prozent sind, 50 oder 500 Euro. Die letzte Frage ist zur Bereitschaft der Befragten, sich einzusetzen – also Mitglied zu werden, sich zu informieren, an Warnstreiks teilzunehmen bzw. zu streiken,



„wenn es nötig ist“. Dieser Fragebogen wird wenig hilfreich für die Forderungsfindung sein. Es hat den Anschein – auch wegen der wirtschaftlichen Lage als Einstieg – dass die Erwartungen gedämpft werden sollen. Im IGM-Magazin „Metall“ wird im Artikel zur Tarifrunde betont, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen herausfordernd sind und es wird auf Krise, Beschäftigtenabbau, Verlagerungen und Schließungen verwiesen – was ebenfalls auf die gleichen Absichten der Dämpfung hinweist.

Doch wie ist die Lage der Beschäftigten? „Die Lohnentwicklung in der Metall- und Elektroindustrie hat ihre Orientierungsfunktion für andere Tarifabschlüsse verloren; die Entwicklung der Tariflöhne war 2025 sogar im Vergleich mit anderen Sektoren eine der schwächsten“, so heißt es in der WSI-Analyse zur Tarifpolitik vom März 2026. Auch die Jahre davor, die von hoher Inflationsraten geprägt waren, waren Jahre von hohem Reallohnverlust. Seit 2018 sind die Reallöhne rückläufig. Dazu kommt, dass auch die Beschäftigungssicherungs-Vereinbarungen – auch hier in der Region bei den großen Konzernen wie Mercedes, Daimler Truck, Bosch, Porsche, Mahle... die Reallöhne gesenkt haben, denn dort wurden tarifliche Standards abgesenkt.

„Insbesondere werden übertarifliche Zulagen reduziert oder vollständig abgeschafft; in einzelnen Fällen kommt es darüber hinaus zur Aufkündigung bestehender Tarifverträge. Die tariflichen Eingriffe betreffen dabei nicht nur Entgeltbestandteile und Sonderzahlungen, sondern auch Arbeitszeitregelungen... Sie bedeuten Reallohnverluste für einen Großteil der Beschäftigten in der Branche“, so die Analyse der Studie. Das bedeutet, dass die Reallöhne sowohl über niedrige Tarifabschlüsse als auch durch die Aushöhlung tariflicher Standards im Rahmen von „Zukunftsvereinbarungen“ abgesenkt wurden – schon allein das sind Gründe genug für eine hohe Forderung – am besten als Festgeldforderung, weil diese den Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen, die besonders unter den Verlusten leiden, etwas Erleichterung verschaffen würde.

Da über die Befragung keine Möglichkeit besteht, die Forderungshöhe zu beziffern, braucht es entsprechende Beschlüsse in den Vertrauensleutekörpern bzw. Mitgliederversammlungen. Nur damit kann genügend Druck erzeugt werden, damit die aufgestellte Forderung auch den Reallohn sichert.

Eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Das Gejammere der Kapitalisten wird groß sein. Hildegard Müller, Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), klagte bereits am 13.Mai in der Tagesschau über die hohen Lohnkosten sowie die gravierende und anhaltende Standortkrise. Je näher wir der Forderungsaufstellung kommen, desto lauter wird das Wehklagen der Kapitalisten. Davon dürfen sich die Kolleginnen und Kollegen aber nicht abschrecken lassen. Für das Kapital gibt es keinen richtigen Zeitpunkt für eine gute Lohnerhöhung. Es will immer – ob Krise oder Hochkonjunktur – die Löhne drücken, um die Gewinne zu steigern. Tatsache ist – und das zeigen auch die Zahlen des WSI –, dass in den meisten Unternehmen trotz sinkender Profitmargen weiterhin Gewinne erzielt werden. Sie sind nur niedriger als die Gewinne, die sie sich wünschen.

Kampf der Mahle-Belegschaft in Neustadt und was wir daraus lernen sollten

Seit Monaten haben die Kollegen des Mahle-Werks in Neustadt an der Donau (Bayern) gegen die Schließung und Verlagerung ihres profitablen Werkes in die Slowakei gekämpft. Bei der Urabstimmung Mitte Mai hatten 98,4 Prozent der stimmberechtigten IG-Metall-Mitglieder für einen unbefristeten Streik votiert. Diese extrem hohe Zustimmung war Ausdruck der Entschlossenheit, des Muts und des Zusammenhalts der Belegschaft, die Schließung des Werks durch Kampf zu verhindern. Doch nach nur wenigen Tagen wurde der Streik beendet – ohne die Schließung zu verhindern – mit einer Vereinbarung über Abfindungsregelungen, Mitgliederbonus und gleitendem Übergang in die Rente. Das heißt, die rund **400 Arbeitsplätze** sind für die Region, für die Familien, für die Jugend **verloren**.

Natürlich sind Abfindungen, Transfergesellschaften und Härtefallregelungen wichtig. Niemand bestreitet das. Sie können die Folgen einer Schließung abmildern. Aber sie ersetzen keine Arbeitsplätze. Auch eine hohe Abfindung kann den Verlust eines Arbeitsplatzes und eines ganzen Standorts nicht aufwiegen.

Viele Beschäftigte aus anderen Werken haben Solidarität gezeigt, den Arbeitskampf unterstützt, weil sie ein Zeichen gegen Werksschließungen und Arbeitsplatzabbau setzen wollten. Ein Erfolg wäre auch ein wichtiges Signal gewesen für die vielen anderen Werke, die zur Zeit von Arbeitsplatzvernichtung und Schließung bedroht sind. Umso größer ist nun die Enttäuschung darüber, dass die Schließung nicht verhindert wurde.

„Gerade jetzt, in Zeiten tiefgreifender Umbrüche in der Automobilindustrie, gilt mehr denn je: Unsere Stärke ist unsere Einheit. Nur gemeinsam können wir gute Arbeit sichern. Nur gemeinsam können wir Zukunft gestalten. Nur gemeinsam können wir den notwendigen Druck aufbauen, um unsere Interessen durchzusetzen. Wir wünschen euch Kraft, Entschlossenheit und Erfolg für euren weiteren Kampf. Seid euch gewiss: Wir stehen hinter euch. Wir kämpfen mit euch. Denn eines ist klar: Euer Kampf ist unser Kampf,“, so heißt es in der **Solidaritätserklärung der IG-Metall-Mitgliederversammlung der Mahle-Werke Cannstatt, Feuerbach, Fellbach und Kornwestheim** Mitte Mai.

Es stellt sich die Frage: Wann wird überhaupt noch erfolgreich für den Erhalt von Standorten und Arbeitsplätzen gekämpft? Es gibt durchaus Beispiele, in denen Belegschaften Werksschließungen verhindern, aufschieben oder zumindest über Jahre verzögern konnten. Solche Kämpfe sind schwierig, aber nicht aussichtslos. So haben 1975 die Kollegen von Audi Neckarsulm die



Mahle-Streik am 26.Mai 2026 in Neustadt

Werksschließung verhindert – auch 50 Jahre später gibt es dieses Werk noch, oder die Belegschaft von KBA-Metalprint in Feuerbach, die ebenso seit vielen Jahrzehnten verhindern konnte, dass das Werk geschlossen wird.

Die Mehrheit der Beschäftigten hat das Verhandlungsergebnis angenommen. Das ist zu respektieren. Gleichzeitig sollte nicht untergehen, dass mehr als 40 Prozent der Kolleginnen und Kollegen trotz der Empfehlungen von Verhandlungskommission, Betriebsrat und IG Metall für die Fortsetzung des Streiks gestimmt haben. Das ist keine kleine Minderheit und deutlich mehr, als bei sonstigen Abstimmungen. Das zeigt, wie groß der Wunsch war, für den Erhalt des Werkes zu kämpfen.

In der Satzung der IG Metall steht weiterhin das Ziel der Überführung von Schlüsselindustrien in gesellschaftliche Hand. Warum fordern wir dies nicht endlich ein? Während in der Automobil- und Zulieferindustrie ein Werk nach dem anderen geschlossen wird, wäre eigentlich genau jetzt die Zeit, darüber, über die 30-Stundenwoche und über gemeinsame und standortübergreifende Gegenwehr nachzudenken. Wenn nicht in einer solchen Situation – wann dann?